

02/2024

fdplus

Wachstum



DIE WIRTSCHAFTS- WENDE

Wie wir Wachstum entfesseln

EU-WAHLEN

Auch Europa braucht die
Wirtschaftswende!

BUNDESPARTEITAG

Wohlstand und neues
Wachstum für unser Land

Inhaltsverzeichnis

Wachstum.	Seite 3
1. Liberale Vielfalt ist neue Vorfeldorganisation	Seite 4
2. Das Hans-Dietrich-Genscher-Haus mit neuer Aufstellung	Seite 4
3. Christin Zimmermann ist neue Bürgermeisterin in Laage	Seite 4
Nichts zu tun, ist keine Option	Seite 5
Eine starke Wirtschaft ist die beste Demokratieförderung	Seite 8
Den Riesen entfesseln - Der FDP-Wirtschaftskongress stellt die relevanten Weichen.	Seite 10
Bürokratie abbauen, Wirtschaft stärken!	Seite 12
Auch Europa braucht die Wirtschaftswende!	Seite 14
Warum es sich lohnt, für Europa zu streiten	Seite 16
Streitbar in Europa	Seite 18
Europäische Depesche	Seite 21
Wachstum – Die Wirtschaftswende für Deutschland	Seite 25
Fraktionsnews der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag	Seite 28
Spitzenkandidaten	Seite 31
Die USA im Wahljahr	Seite 35

Wachstum.

Autorin: Navina Knoke, Teamleiterin Digitale Kommunikation

Liebe Leserinnen und Leser,

Maskottchen sind nicht nur Bilder oder Figuren, sondern verkörpern Identität und Emotionen. Sie sind kraftvolle Symbole, die Bindungen schaffen und Botschaften vermitteln sollen. In der visuellen Kommunikation sind sie die starke, sympathische Figur für Ideen.

Bei unserem Motto-Tier zum diesjährigen Bundesparteitag handelt es sich um ein Küken von der Art des Bundesadlers. Es scheint verwandt mit dem Phönix. Die beiden Vögel entstammen unterschiedlichen Kulturen, teilen aber einige grundlegende symbolische Bedeutungen: Sie sind stark, majestätisch und ein Symbol für Erneuerung und Wiederkehr.

Das Küken ist keine „Fette Henne“, aber es hat Wachstumspotenzial. Es braucht Pflege und Freiheit, es braucht aktiv Handelnde und keine passiven Pessimisten, um stark und souverän zu werden.

Das soll es für uns Freie Demokraten verbildlichen. Wir wissen: Wir müssen was tun fürs Wachstum in Deutschland und Europa! Wir können und wollen nicht länger zuschauen, wie unser Land an Wirtschaftskraft verliert. Sondern wir müssen und werden jetzt entschlossen alles für die Wirtschaftswende tun, die unser Land so dringend braucht! Wir wollen Deutschland aus der Stagnation befreien und neues Wachstum entfesseln.

Diese Ausgabe der fdplus legt einen klaren Schwerpunkt auf die Themen, die uns gerade umtreiben: auf die Wirtschaftswende, auf den dringend benötigten Aufschwung und die Eindämmung der überbordenden Bürokratie in Deutschland und der EU.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre.

Ihre Navina Knoke

- Ende Editorial -

1. Liberale Vielfalt ist neue Vorfeldorganisation

Auf dem 75. Bundesparteitag wurde der parteinahe Verein offiziell als Vorfeldorganisation aufgenommen. Die Liberale Vielfalt versteht sich als Plattform und Netzwerk für Menschen mit Migrationshintergrund, in Deutschland lebende Jüdinnen und Juden, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und Menschen, die sich für die Themen, die diese drei Gruppen betreffen, interessieren. Sie versteht sich als Brückenbauer zwischen der liberalen Familie und Migrantenselbstorganisationen und möchte politische Teilhabe erleichtern und dabei unterstützen, den Weg in der liberalen Familie zu finden. Politisch setzt sie sich dafür ein, dass die deutsche Politik die Vielfalt der deutschen Gesellschaft abbildet.

2. Das Hans-Dietrich-Genscher-Haus mit neuer Aufstellung

Auf zentralen Positionen hat sich das Hans-Dietrich-Genscher-Haus in den letzten Monaten neu aufgestellt:

Carsten Reymann ist seit dem ersten März Bundesgeschäftsführer der FDP. Er verantwortet seitdem die zentrale Ausrichtung der Parteizentrale und folgt auf Michael Zimmermann, der zukünftig im Bundesministerium für Bildung und Forschung wirkt. Zudem hat zum ersten April Michael Lindner die Leitung des Bereichs Kommunikation und Kampagne in der Bundesgeschäftsstelle übernommen. Zudem ist er seitdem Pressesprecher der Freien Demokraten.

3. Christin Zimmermann ist neue Bürgermeisterin in Laage

Die Bürgermeisterwahlen in Laage, einer Stadt im Landkreis Rostock, haben es gezeigt: Wir Freie Demokraten verzeichnen auch auf kommunaler Ebene politische Erfolge. Keiner der vier Kandidaten konnte im ersten Wahlgang im März die absolute Mehrheit erringen. In der Stichwahl am 7. April hat sich unsere FDP-Kandidatin Christin Zimmermann gegen den AfD-Kandidaten Robert Haß durchgesetzt. Wir gratulieren Christin Zimmermann ganz herzlich zu diesem wichtigen Wahlsieg und wünschen ihr ganz viel Erfolg bei ihrer neuen Aufgabe.

Nichts zu tun, ist keine Option

Christian Lindner, FDP-Bundesvorsitzender & Bundesminister der Finanzen.

Deutschland braucht strukturelle Reformen, wenn wir den wirtschaftlichen Turn-around schaffen wollen. Das Potenzial dafür ist im Land zweifelsfrei vorhanden, doch für die zwingend notwendige Wirtschaftswende muss es gehoben werden.

Die Debatten der vergangenen Monate um die wirtschaftliche Situation Deutschlands haben zwei Lager hervorgebracht: Von den einen hört man, die Wirtschaft würde bloß Klagelieder anstimmen. Die anderen, zu denen wir Freie Demokraten zählen, wollen und können die besorgten Weckrufe um den Verlust unserer Wettbewerbsfähigkeit nicht überhören. Das ist – der Blick auf nüchterne Fakten genügt – auch kaum möglich:

Da ist zum einen die mittelfristige Wachstumsperspektive, die in einer Dekade von 1,5 Prozent auf nur noch 0,5 Prozent gesunken ist. Das hat unmittelbare Auswirkungen, wie beispielsweise einem Beschäftigungsabbau in der Industrie. Doch nicht nur die Wachstumsperspektive leidet. Auch im globalen Standortranking hat Deutschland in nur zehn Jahren den Anschluss an die globale Spitze verloren: Standen wir 2014 noch auf Platz sechs, so liegen wir heute auf Platz 22. Als Folge stellen sich deutsche Unternehmen und ausländische Investoren die Frage, ob sich neue Investitionen bei uns lohnen oder diese doch im Ausland besser eingeplant sind.

Wer meint, dass diese rückläufigen Entwicklungen ausschließlich Folgen externer Einflüsse wie der Pandemie oder des russischen Angriffskriegs seien, der irrt. Mögen diese gewiss einen Einfluss haben, sind es insbesondere aber die Auswirkungen jahrelanger politischer Versäumnisse, die wir heute schmerzlich spüren. Für uns Freie Demokraten steht deshalb fest: Ein Weiter-so kann es nicht geben. Wir müssen unsere wirtschaftliche Substanz stärken. Dies benötigt einen nüchternen Realismus, der die Lage klar beschreibt und anschließend den Mut zum Handeln aufbringt.

Mehr Marktwirtschaft wagen

Deshalb ist es jetzt unser Auftrag, „Made in Germany“ wieder zu einer Marke zu

machen. Es geht darum, die klugen Köpfe, das Know-how und das Kapital, das wir in diesem Land haben, zu mobilisieren.

Dafür braucht es mehr Marktwirtschaft. Der marktwirtschaftliche Wettbewerb, die Bereitschaft zu unternehmerischem Risiko, der Erfindungsreichtum von Ingenieurinnen und Technikern und die individuellen Entscheidungen der Menschen müssen unsere Wirtschaftsstruktur bestimmen. Die politische Aufgabe ist es dabei, Anreize so zu setzen, dass sich Initiative lohnt und die Menschen Freude daran haben, Verantwortung zu übernehmen.

Unser Plan für den Aufschwung

Dafür wollen wir – ohne Denkverbote – an unseren Rahmenbedingungen arbeiten. Erstens: Wir müssen die Bürokratiebelastung weiter konsequent reduzieren. Mit dem Bürokratieentlastungsgesetz haben wir gut vorgelegt. Es bringt jedoch wenig, wenn wir einerseits den Bürokratiestress nach deutschem Recht auf den niedrigsten Stand seit 2012 drücken, zugleich aber von Ursula von der Leyen aus Brüssel in gleichem Umfang nachgelegt wird. In ihr steckt der Geist des Misstrauens gegenüber ehrlichen Kaufleuten und den Bürgerinnen und Bürgern.

Zweitens braucht es ein Update für den Arbeitsmarkt, denn der Mangel an Arbeitskräften bremst Land und Wirtschaft immer stärker aus. Wir sind mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz einen ersten, wichtigen Schritt gegangen – weitere sollten folgen. So müssen wir stärker diejenigen fördern, die bereit sind, mehr Leistung zu erbringen, um zum Beispiel dem Traum vom eigenen Haus oder sonstigen Lebenszielen durch Arbeit näher zu kommen.

Drittens müssen wir unsere bisherige Energiepolitik kritisch hinterfragen. Wir haben bereits verabredet, dass der zukünftige Strommarkt marktwirtschaftlich organisiert werden wird. Marktwirtschaft bedeutet aber auch, Subventionen für Erneuerbare Energien, zum Beispiel Solar und Wind, zu prüfen – insbesondere, wenn sich zeigt, dass diese längst wettbewerbsfähig sind.

Und viertens müssen wir unser Steuersystem überarbeiten. Der Preis, in Deutschland unternehmerisch tätig sein zu dürfen, ist zu hoch. Wir müssen Abschreibungen, die Abschaffung des Solidaritätszuschlages und weitere weitreichende Entlastungen

forcieren, um den Menschen und Unternehmen wieder Freude daran zu machen, in Deutschland wirtschaftlich erfolgreich zu sein und Gewinne hier zu investieren.

Wirtschaftswende ist Projekt des gesamten Landes

Die Dringlichkeit dieses Anliegens ist unverkennbar. Wenn wir weiterhin spitzenmäßige Verantwortung in der Welt tragen wollen, wenn wir weiterhin spitzenmäßige Lebensstandards, soziale Absicherung und ökologische Standards haben wollen, dann müssen wir auch bereit sein, spitzenmäßige Leistung zu erbringen.

Unsere Maßnahmenvorschläge liegen auf dem Tisch. Wir sind offen für konstruktive Vorschläge – von Koalition, Opposition, Verbänden und Gewerkschaften. Denn die Wirtschaftswende ist kein Projekt der Freien Demokraten, sondern muss ein Projekt des Landes sein. Denn klar ist: Nichts zu tun, wäre für das Wohl des Landes schlichtweg unverantwortlich.

- Ende Artikel -

Eine starke Wirtschaft ist die beste Demokratieförderung

Autor: Bijan Djir-Sarai, FDP-Generalsekretär

Die Diskussion um die Wirtschaftswende haben wir Freie Demokraten angestoßen, denn nur mit Wachstum können wir die gegenwärtigen Herausforderungen in Zukunft bewältigen. Dafür wollen wir jetzt die Weichen stellen.

Mit der viel beachteten und viel diskutierten Initiative für eine Wirtschaftswende haben wir Freie Demokraten eine wichtige Diskussion über die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland angestoßen. Ich bin mir sicher, hätten wir es nicht getan, dann hätte es keine Partei in Deutschland getan!

Sowohl mit dem 12-Punkte-Plan des Präsidiums als auch mit dem auf unserem Bundesparteitag verabschiedeten Leitantrag fordern wir konkrete Maßnahmen, welche eine notwendige und angemessene Reaktion auf die Herausforderungen unserer Zeit bedeuten würden.

Wir haben einerseits Verantwortungsbewusstsein als Regierungspartei erwiesen und andererseits klar herausgestellt, was unsere konkreten Vorstellungen mit Blick auf die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes sind. Andere sind ausdrücklich eingeladen, sich am Diskurs konstruktiv zu beteiligen und dann die notwendigen Schritte auf allen Ebenen mit umzusetzen. Denn:

Wohlstand ist kein Naturgesetz.

Es ist ein Versäumnis der Politik in den vergangenen Jahren gewesen, eine florierende Wirtschaft und den Wohlstand der Gesellschaft als etwas Selbstverständliches hinzunehmen und diese Selbstverständlichkeit zu suggerieren. Jedoch in Anbetracht der diversen Krisen in Europa und weltweit hat sich dieses Bild drastisch gewandelt. Die Wende hin zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung für mehr Wachstum ist auch ein Stück weit ein Weckruf und damit auch eine Wende in der Mentalität.

Demokratieförderung und die Zukunft unserer Gesellschaft

Unsicherheit ist derzeit ein treibender Faktor für das Erstarren der politischen Ränder und das Ansteigen der Akzeptanz für populistische Forderungen. Diese Unsi-

cherheit entsteht, wenn die Angst vor dem Verlust im Spiel ist. Verlust des Arbeitsplatzes, des eigenen Wohlstandes oder des Wohlstandes der Familie. Deswegen muss deutlich werden, dass nun in der Veränderung ein Stück weit auch die Möglichkeit des Bewahrens liegt. Im positiven Sinne: Das Bewahren von Freiheit und Sicherheit, von Wohlstand, des Sozialstaats und unseren Werten. Die Wirtschaftswende ist die beste Demokratieförderung, die das Land erfahren kann.

Wer die Notwendigkeit einer Wende in der Wirtschaftspolitik negiert, muss beantworten, wie unsere freiheitliche Ordnung ansonsten zukünftig gesichert werden soll. Es gibt zahlreiche, namhafte Stimmen, die auf die vielfältigen Bedrohungen für unseren Wirtschaftsstandort und damit für den Wohlstand der Gesellschaft aufmerksam machen. Ohne Wachstum jedoch werden wir die vielen politischen Herausforderungen nicht meistern können, sowohl innen- als auch außenpolitisch.

Wachstum ist ein „Must-Have“

Wir brauchen jetzt Wachstum und wir müssen jetzt Kurs halten für eine stabile und solide Finanz- und Haushaltspolitik. Diese Prinzipien stehen nebeneinander und gelten parallel.

Wachstum ist nicht „nice-to-have“. Wachstum ist ein „Must-Have“ für jeden überzeugten Demokraten und Europäer.

- Ende Artikel -

Den Riesen entfesseln - Der FDP-Wirtschaftskongress stellt die relevanten Weichen.

Auf unserem Wirtschaftskongress haben Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft Lösungen diskutiert, um den Wohlstand zu sichern und die Freiheit zu bewahren. Von Bürokratieabbau bis hin zu Technologieoffenheit – die Weichen für Deutschlands Zukunft müssen jetzt gestellt werden.

Über ein Jahrzehnt der Tatenlosigkeit und des Wegsehens haben dem deutschen Wirtschaftsstandort massiv geschadet. Ausufernde Bürokratie und unbändige Regulierungswut, ein hohes Steuer- und Abgabenniveau sowie akuter Arbeitskräftemangel bremsen die deutsche Wirtschaft aus. Im Ranking der attraktivsten Standorte ist Deutschland mittlerweile auf Platz 22 abgerutscht. Welche Weichenstellungen und Maßnahmen sichern unseren Wohlstand und damit auch unsere Freiheit für die Zukunft?

Das haben die Freien Demokraten am 16. April in Berlin mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft diskutiert. Hochkarätige Gäste kamen im Hans-Dietrich-Genscher-Haus zusammen, um in Form von Impulsvorträgen und Paneldiskussion über Lösungen zu beraten.

Wirtschaftswachstum ist kein Selbstzweck

Es ist kein Geheimnis, dass die Freien Demokraten das Potenzialwachstum in Deutschland verdoppeln wollen. Dass Wirtschaftskraft wiederum kein Selbstzweck ist, unterstrich Christian Lindner zu Beginn in seinem Impuls. Auch die europäische Freiheitsordnung kann nur auf Grundlage wirtschaftlicher Stärke verteidigt werden. Hierfür muss jetzt an allen relevanten Stellschrauben gedreht werden. Und das sind nicht wenige. Dass die Freien Demokraten den eingeschlagenen Pfad des Bürokratieabbaus mit aller Konsequenz fortführen wollen, unterstrich Justizminister Dr. Marco Buschmann in der folgenden Diskussion. Große Einigkeit herrschte beim Potenzial des Standorts, aber auch über die Dringlichkeit eines wirtschaftspolitischen Turnarounds: „Deutschland und Europa haben ein enormes Potenzial. Aber wir dürfen uns kein Zögern mehr erlauben“, mahnte Deutsche-Bank-Chef Sewing.

Wirtschaftswende: Perspektiven und Umsetzung

Das Fazit nach dem Tag im Genscher-Haus lautet: Deutschland braucht jetzt die Wirtschaftswende hin zu mehr Wachstum, Fortschritt und Technologieoffenheit. Um Wohlstand und damit Freiheit auch für die Zukunft zu sichern, müssen wir jetzt alles priorisieren, was neue Dynamik schafft. Und: Der Austausch lohnt sich. Viele Anregungen vom 16. April sind in die Antragsberatungen auf dem folgenden Bundesparteitag eingeflossen. Nachdem Deutschland zehn Jahre lang zurückgefallen ist, muss die Aufholjagd beginnen – jetzt oder now!

- Ende Artikel -

Bürokratie abbauen, Wirtschaft stärken!

Autor: Dr. Marco Buschmann, FDP-Präsidiumsmitglied & Bundesminister der Justiz

Deutschland steht am Rande eines Bürokratie-Burnouts, der Innovation hemmt und wirtschaftliches Wachstum behindert. Wir steuern dagegen!

Deutschland leidet unter einem Bürokratie-Burnout. Bürger, Betriebe und selbst Behörden sind so erschöpft von immer mehr Gesetzen und Verordnungen, dass sie sich immer weniger um Innovation, Digitalisierung oder andere wichtige Fragen kümmern können. In Zeiten knapper Fachkräfte müssen sie mehr und mehr Mitarbeiter von produktiven Tätigkeiten abziehen und für die Befriedigung bürokratischer Anforderungen abstellen. Statt der Wirtschaft wächst die Bürokratie.

Diesen Irrsinn müssen wir stoppen, um die Energien, die Bürokratie heute aufsaugt, wieder freizusetzen und damit Unternehmen hierzulande wieder investieren. So wird der Abbau von Bürokratie in Zeiten knapper Kassen zu einem Konjunkturprogramm zum Nulltarif und zu einem Programm für mehr Freiheit von staatlichem Mikromanagement des täglichen Lebens. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Wirtschaftswende für mehr Wachstum in unserem Land.

Konjunkturprogramm zum Nulltarif

Deswegen haben wir als Bundesregierung im vergangenen Sommer in Meseberg ein ganzes Bündel zum Bürokratieabbau gepackt. Vieles entfaltet schon Wirkung, etwa die höheren Schwellenwerte bei der Bilanzierung und Rechnungslegung. Kleine und mittlere Betriebe haben dadurch weniger Papierarbeit. Auch das Wachstumschancengesetz ist in Kraft getreten. Es enthält Bürokratie- und Steuererleichterungen für Unternehmen.

Außerdem haben wir im Bundesministerium der Justiz etwas völlig Neues gemacht: Unser viertes Bürokratie-Entlastungsgesetz beruht auf einer Verbändeabfrage. Wir setzen darin Vorschläge um, die uns direkt aus der Praxis unterbreitet wurden. Wir ermöglichen zum Beispiel elektronische Arbeitsverträge, senken die Aufbewahrungsfristen für Buchungsbelege und schaffen Hotelmeldezettel für deutsche Staatsangehörige ab. Unser Meseberger Paket entlastet die Wirtschaft um mehr als 3 Milliarden Euro pro Jahr. Das ist das Dreifache des bislang größten Bürokratieabbau-Gesetzes, das in der letzten Legislaturperiode beschlossen wurde.

Unser Ziel: ein Belastungsmoratorium

Nächste Schritte müssen folgen. Das Vergaberecht ist zu kompliziert geworden und muss dringend reformiert werden. Außerdem fordern wir als FDP ein Belastungsmoratorium für fünf Jahre. Jedes Jahr sollen unnötige Vorgaben systematisch abgebaut werden in einem Jahresbürokratieabbaugesetz, analog dem Jahressteuergesetz. Wir müssen insbesondere Bauvorschriften und Berichtspflichten reduzieren.

Brüssel muss handeln

Wir brauchen ganz besonders in Brüssel einen Bürokratie-Stopp. Leider ist es im Moment so, dass wir in Deutschland die Bürokratie gar nicht so schnell abbauen können, wie Frau von der Leyen sie in Brüssel neu produziert. Von dort stammt mehr als die Hälfte der Bürokratielasten. Das muss sich ändern. Die EU muss die Belastungen systematisch erfassen und „one in, two out“ umsetzen: für jede neue Regelung muss sie zwei alte streichen. Europa muss wieder Wachstums- und Freiheitsprojekt sein, nicht Bürokratiequelle Nummer eins. Darum hat das BMJ einen 10-Punkte-Plan vorgelegt, mit dem wir den Bürokratieabbau in der EU vorantreiben wollen.

- Ende Artikel -

Auch Europa braucht die Wirtschaftswende!

Autorin: Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Spitzenkandidatin zur Europawahl

Bei der Europawahl kämpfen wir Freie Demokraten für Bürokratieabbau, bessere Rahmenbedingungen für neues Wachstum und mehr Freihandel.

In der gesamten EU steigt spürbar das Interesse an den kommenden Europawahlen. Eins der drei wichtigsten Themen für die Bürgerinnen und Bürger ist die Wirtschaft in Europa: Entbürokratisierung, neues Wachstum und gute Jobs. Und in der Tat waren die vergangenen fünf Jahre verlorene Jahre für die europäische Wettbewerbsfähigkeit. Für uns Freie Demokraten ist klar: Auch Europa braucht die Wirtschaftswende! Denn nur wenn wir wirtschaftlich stark sind, können wir den Frieden in Europa verteidigen.

Europas Lieferketten: Neue Wege gehen

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat deutlich gemacht, welche Risiken einseitige Abhängigkeiten für die Versorgungssicherheit und die Wirtschaft mit sich bringen. Daher ist es notwendig, die Lieferketten der Europäischen Union auf eine breitere Basis zu stellen, besonders wenn es um die Versorgung mit kritischen Rohstoffen, Produkten oder Technologien geht. Den Freien Demokraten ist vor allem wichtig, Abhängigkeiten von autoritären und diktatorischen Staaten möglichst zu verringern, weil sie uns erpressbar machen. Neue, risikobelastete Abhängigkeiten müssen vermieden werden. Ein Schlüssel für eine souveräne EU, die Wirtschaftswachstum, Innovationen und Wohlstand ermöglicht, ist zudem der Freihandel. Das gilt umso mehr in Zeiten, in denen Protektionismus und Abschottungstendenzen weltweit zunehmen. Wir Freie Demokraten stehen für fairen, regelbasierten und verantwortungsbewussten Handel.

Wir Freie Demokraten liefern – stellen wir sicher, dass die EU das auch tut!

Wir brauchen auch in der EU eine Wirtschaftswende, die konsequent auf einen wettbewerbsfähigen europäischen Binnenmarkt setzt. Die doppelte Transformation hin zu Digitalisierung und Klimaneutralität sowie internationale Abhängigkeiten stellen die europäische Wirtschaft vor große Herausforderungen. Wenn wir auch in Zukunft in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben wollen, dann brauchen wir deutlich mehr Wettbewerb, mehr freien Handel und bessere Bedingungen für private Investitionen und Gründungen.

Unser Justizminister hat in Deutschland inzwischen das vierte Bürokratieentlastungspaket geschnürt. Die Belastung für die Wirtschaft hat sich jedoch insgesamt nicht verringert, weil uns Ursula von der Leyen im gleichen Augenblick mit neuen Regeln zuschüttet. Mehr als die Hälfte der bürokratischen Auflagen in Deutschland resultieren aus EU-Gesetzen. Die Bewältigung der immensen bürokratischen Anforderungen knebelt insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sowie Selbstständige. Die Freien Demokraten wollen deshalb die Trendwende. Wir wollen die Wirtschaft von mindestens 50 Prozent der Bürokratielasten befreien. Nur so kann die EU als Wirtschaftsstandort international wettbewerbsfähig sein und Motor für neues Wachstum und Wohlstand werden.

Wir müssen uns auf die Kernidee der EU rückbesinnen: einen gemeinsamen Binnenmarkt mit Freiheiten und dem Glauben an die Fähigkeit der Menschen, täglich durch ihre Kreativität, ihre Risikobereitschaft und ihre Anpassungsfähigkeit Wohlstand zu schaffen.

- Ende Artikel -

Warum es sich lohnt, für Europa zu streiten

Ein Team von Volunteers unterstützt im Hans-Dietrich-Genscher-Haus den Europawahlkampf. Hier schreiben sie über ihre Einblicke, Ansichten und Visionen für Europas Zukunft.

Europa steht vor einer Entscheidung. Eine Entscheidung, die bestimmen wird, wohin der Weg eines geeinten und friedlichen Europas führt. Die großen Staaten der Welt werden rauer im Umgangston, und auch kleinere Krisenherde entflammen wieder zu großen Feuern.

Die EU hat es sich als Aufgabe gesetzt, die europäischen Staaten zu einen, zu vertreten und für andauernden Frieden zu sorgen. Doch kann die EU Ihren Aufgaben noch nachkommen?

Was die EU für uns bedeutet

Für uns junge Erwachsene steht die EU für offene Grenzen, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Möglichkeit, unsere europäische Identität zu erkunden und zu feiern. In einer Welt, die von Globalisierung und technologischem Fortschritt geprägt ist, ermöglicht uns die EU, über nationale Grenzen hinweg zu denken und gemeinsam an Lösungen für die Themen der EU zu arbeiten.

Mehr als nur Volunteers: Vielseitigkeit im Herzen des Wahlkampfes

Wir Volunteers bilden ein vielfältiges und hochmotiviertes Team, das weiß, wie wichtig es ist, verschiedene Fähigkeiten und Aufgabenbereiche zu vereinen. Während unserer Arbeit im Hans-Dietrich-Genscher-Haus widmen wir uns intensiv der Organisation, dem Social Media Management und ja, sogar dem Kaffeekochen. Zusätzlich engagieren wir uns leidenschaftlich in politischen Diskussionen, setzen uns mit politischer Kommunikation auseinander und arbeiten an programmatischen Inhalten.

Die EU: Ein Bindeglied zwischen Generationen und Nationen

Ein besonders beeindruckender Aspekt der EU aus unserer Perspektive ist das Erasmus+-Programm. Dieses Programm ermöglicht es, neue Kulturen zu entdecken, neue Freundschaften zu schließen und Horizonte zu erweitern, indem man in

verschiedenen europäischen Ländern studiert und arbeitet. Es hat uns gezeigt, wie Vielfalt eine Stärke sein kann und wie wichtig es ist, über Grenzen hinweg zu kommunizieren und zusammenzuarbeiten.

Im Gegensatz zu unseren Eltern und Großeltern, die oft noch die Schrecken vergangener Kriege erlebt haben, haben wir das Glück, in einer Zeit des Friedens und der Stabilität aufzuwachsen, die die EU maßgeblich mitgestaltet hat. Gerade bei unserer Arbeit zum Europawahlkampf stellen wir immer wieder fest, wie wichtig die EU doch mittlerweile für uns alle in Europa und Deutschland geworden ist.

Einigkeit trotz Herausforderungen: Für eine inklusive europäische Vision

Doch trotzdem stellen wir auf Wahlkampfveranstaltungen, den Kommentarspalten auf Social Media oder bei Bürgeranfragen immer wieder fest: Man muss für diese Europäische Union eintreten, kämpfen und mit guten Argumenten verteidigen. Selbst die, die die EU ablehnen, sollten wir trotzdem auf unserem Weg in eine gemeinsame Zukunft mitnehmen.

Es gibt noch viel zu tun!

Doch wir sind uns auch bewusst, dass die EU nicht perfekt ist und dass es noch viele Herausforderungen zu bewältigen gibt. Aber wir sind optimistisch, dass wir gemeinsam als europäische Gemeinschaft diese Herausforderungen meistern können. Dazu braucht die Europäische Union auch eine starke liberale Stimme aus Deutschland. Wir Volunteers sind fest entschlossen den Wahlkampf mit euch und Ihnen zu gestalten und zu bestreiten und glauben fest daran, dass unsere Stimme der Freiheit in der EU benötigt wird.

Wir wollen mit Ihnen gemeinsam: „Europa. Einfach. Machen.“

- Ende Artikel -

Streitbar in Europa

Europa gemeinsam verteidigen.

Wir müssen unsere Freiheit verteidigen. Dies wird uns nur gemeinsam gelingen. Daher wollen wir schnellstmöglich eine Europäische Verteidigungsunion aufbauen. Diese wollen wir zu einer Europäischen Armee weiterentwickeln.

Handlungsfähigkeit in Krisenzeiten.

Europa muss schnell handeln können. Derzeit können jedoch einzelne Länder wichtige Entscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik blockieren. Durch Abschaffung dieses Vetorechts erhöhen wir die Handlungsfähigkeit der europäischen Gemeinschaft.

Wehrhaftes Europa.

Die in Europa entwickelten Technologien zur Verteidigung unseres Kontinents müssen gestärkt werden. Deshalb wollen wir den Europäischen Verteidigungsfonds genauso wie die gemeinsame Rüstungsbeschaffung ausbauen. Außerdem brauchen wir in allen Ländern einheitliche Regeln zum Rüstungsexport.

Klimaschutz durch Marktwirtschaft.

Unser Klima wollen wir mit marktwirtschaftlichen Instrumenten schützen: Der europäische Emissionshandel garantiert mit seinem sinkenden Treibhausgas-Limit Wirksamkeit und Effizienz. Darüber hinaus wollen wir CO₂-Speichertechnologien ermöglichen.

Erfinden statt verbieten.

Wir brauchen eine sichere Energieversorgung und klimafreundliche Mobilität. Daher setzen wir auf Technologieoffenheit und den Erfindergeist der Menschen: E-Fuels, Fusionstechnologie und andere Innovationen können uns helfen, die Herausforderungen unserer Zeit zu meistern.

Künstliche Intelligenz made in Europa.

Wir wollen die Chancen von KI in allen Bereichen nutzen. Daher brauchen wir klare und einfache Regeln, die Innovationen fördern und zugleich den Schutz von Bür-

gerrechten gewährleisten. So wollen wir Europa zum Hotspot für KI machen.

Inflation bekämpfen.

Um unseren Wohlstand zu erhalten, geben wir der Bekämpfung der Inflation höchste Priorität. Wir setzen uns daher für finanzielle Stabilität in der EU ein. Staatliche Ausgaben dürfen nicht unbegrenzt wachsen. Einen Einstieg in gemeinsame Schulden mit anderen Ländern wird es mit uns nicht geben.

Aufstiegchancen durch Bildung.

Nur durch Bildung entstehen echte Aufstiegchancen und attraktive Arbeitsplätze. So wollen wir mit Erasmus+ jungen Menschen in den dualen Ausbildungsberufen neue Perspektiven eröffnen. Bildungsfreizügigkeit soll zu einer neuen Grundfreiheit werden.

Ordnung und Kontrolle in der Migration.

Wir stehen für eine neue Realpolitik bei irregulärer Migration. Irreguläre Migration reduzieren wir durch schnellere Asylverfahren in Asylzentren an der EU-Außengrenze oder in Drittstaaten. Rückführungen müssen bei Ablehnung konsequent erfolgen.

Bürokratiemonster bekämpfen.

Immer neue Bürokratie belastet Menschen und Betriebe in Deutschland. Viele dieser Regeln kommen aus Europa und werden von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) verantwortet. Wir wollen Bürokratie radikal abbauen: Für jede neue Regel aus Brüssel sollen zwei alte Regeln gestrichen werden. Denn Bürokratieabbau bringt Wachstum und kostet nichts.

Wohlstand durch mehr Freihandel.

Wir wollen unseren Wohlstand erhalten. Lebensmittel müssen bezahlbar bleiben und unsere Wirtschaft muss wieder wachsen. Dafür wollen wir den Handel mit anderen Ländern stärken. Unser Ziel ist eine Weltfreihandelszone der Demokratien.

Verwaltung, die auch Englisch spricht.

Die Kommunikation mit Behörden soll für alle Menschen in Europa einfacher werden. Daher wollen wir die Kommunikation bei Behördengängen in allen EU-Ländern

auf Englisch ermöglichen. Dies wird Bürgern und Unternehmern das Leben erleichtern.

Mehr Fachkräfte für unsere Wirtschaft.

Der Mangel an Fachkräften schwächt die Wirtschaft und führt zu steigenden Preisen. Wir wollen daher den europäischen Binnenmarkt für Arbeit, Energie, Kapital und digitale Dienstleistungen weiter ausbauen.

Einfach überall arbeiten.

Motivierten Menschen müssen alle Türen offenstehen. Wer in einem anderen Land arbeiten möchte, soll unkompliziert in den neuen Job starten können. Wer als Arbeitgeber Bürger aus einem EU-Land einstellen möchte, soll nicht in Bürokratie versinken.

- Ende Kurzwahlprogramm -

Europäische Depesche

Liberaler Teamgeist

Autor: Jan-Christoph Oetjen, Vizepräsident des Europäischen Parlaments

In den letzten fünf Jahren haben wir Freie Demokraten vieles in der EU besser gemacht – trotz großer Herausforderungen wie dem Brexit, der Corona-Pandemie, dem Krieg gegen die Ukraine oder dem Angriff auf Israel. Das gelang vor allem durch gutes Teamwork und eine starken demokratischen Mitte im Europäischen Parlament. Als liberale Fraktion konnten wir als Königsmacher viele der abgestimmten Berichte maßgeblich mitgestalten. Auch wenn dies nicht immer ganz nach unseren Vorstellungen gelungen ist, so konnten wir doch mit unseren liberalen Vorschlägen viele Kompromisse der Vernunft erzielen. Mit dem europäischen Asyl- und Migrationspakt haben wir endlich eine Antwort auf die Herausforderungen der letzten Jahre geschaffen. Mit mehr Kontrolle und schnelleren Asylverfahren können wir zukünftig mehr Ordnung in die Migrationsströme bringen. Gleichzeitig können wir hohe humane Standards an unseren Außengrenzen garantieren.

Auch konnten wir endlich innovative neue Züchtungsmethoden (NGT) auf den Weg bringen. Damit haben wir klare europäische Regeln geschaffen, um unserer Landwirtschaft einen Innovationsbooster zu verschaffen. Aber gerade in der Landwirtschaft muss noch viel geschehen. Wir haben uns immer für eine starke Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft eingesetzt und uns gegen Überbürokratisierung sowie unsinnige Verbote stark gemacht. Damit konnten wir etwa die Grüne Pflanzenschutzmittelverordnung kippen oder für eine Anpassung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sorgen.

„Wir fünf Europaabgeordnete haben als starkes Team klare Akzente in den verschiedensten Bereichen setzen können. Das gelang vor allem durch unseren liberalen Teamgeist.“

Ökologie und Ökonomie vereinen

Autor: Andreas Glück, Klimapolitischer Sprecher der FDP im Europäischen Parlament

Über 70 Gesetzesvorhaben zum Green Deal haben meine Arbeit im Umweltausschuss geprägt. Das Ziel, Europa bis 2050 klimaneutral zu machen, wird von den Meisten begrüßt, es gibt aber Streit um den Weg dorthin. Hier gibt es zwei Lager:

die Einen, die bestimmte Technologien subventionieren und andere verbieten wollen. Und die Anderen – zu denen wir Freie Demokraten gehören – die einen technologieoffenen Rahmen schaffen wollen, es aber den Akteuren selbst überlassen, wie sie CO₂ einsparen. So können die besten und gleichzeitig günstigsten Technologien eingesetzt werden.

Es war daher ein großer Erfolg fürs Klima und die FDP, dass der europäische CO₂-Zertifikatenhandel ETS erweitert wurde. Durch die Einführung eines ETS 2 für Gebäude und Verkehr werden in Zukunft etwa drei Viertel der europäischen CO₂-Emissionen von diesem technologieoffenen Marktinstrument abgedeckt. Anders als grüne Verbotspolitik hat der ETS bereits schon bewiesen, dass er funktioniert. Nun gilt es, diese mühsam errungene Technologieoffenheit jeden Tag aufs Neue zu verteidigen. Die von-der-Leyen-Kommission rückt jedoch an vielen Stellen von diesem bewährten Prinzip ab. Besonders deutlich wird dies anhand der CO₂-Flottengrenzwertregulierung. Hier hatte die Kommission ein Verbrennerverbot für Neufahrzeuge ab 2035 vorgeschlagen. Da die CO₂-Messung nur am Auspuff stattfindet, wären davon auch erneuerbare Kraftstoffe wie z.B. eFuels gleichermaßen betroffen. Dadurch wird etwas verboten, was Teil der Lösung sein könnte. Das schadet der Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen.

Als FDP haben wir der Kommission ein Zugeständnis für die Zulassung von ausschließlich mit eFuels betankbaren PKWs abgerungen. Nun gilt es, auf eine praktikable Umsetzung zu pochen.

„Unser Einsatz für Technologieoffenheit bleibt auch in der nächsten Legislatur notwendig, damit Ökologie und Ökonomie zusammenfinden.“

Jetzt kommt es auf alle FDP-Mitglieder an

Autor: Moritz Körner, Vorsitzender der FDP im Europäischen Parlament

Fünf Jahre erfolgreicher Arbeit im Europäischen Parlament gehen zu Ende. Die FDP im EP hat hart gekämpft und zahlreiche politische Erfolge feiern können. Die Abwicklung des Brexits, die Bewältigung der Coronakrise oder der Angriff Russlands auf die Ukraine, die Herausforderungen waren mannigfaltig und die FDP war an vorderster Front dabei, um die Gesetze zur Bewältigung dieser Probleme im liberalen Sinne zu gestalten.

Die nächsten fünf Jahre werden ebenso wichtig und herausfordernd. Die EU muss ihre Verteidigungsfähigkeit stärken, die Anpassung an den Klimawandel organisieren und die europäische Wirtschaft wieder entfesseln.

Je mehr FDP-Abgeordnete ins Europäischen Parlament gewählt werden, umso liberaler können wir die EU-Gesetzgebung gestalten und umso mehr können wir Ursula von der Leyens Regulierungswut eindämmen.

Wir brauchen ein Europa, das den Einzelnen befähigt, statt jeden zu erziehen. Ein Europa, das den Bürgern auf Augenhöhe begegnet, statt sie von oben herab zu behandeln. Ein Europa der Eigenverantwortung, Freiheit und des Wettbewerbs. Ein Europa mit weniger Vorschriften, aber entschlossenerem Handeln. Wir sind die Kraft der Erneuerung. Für die Optimisten und Aufstiegsorientierten. Für die Selbstdenker und Anpacker. Für alle Freien Demokraten.

Dafür brauchen wir die Unterstützung aller Freien Demokraten in den kommenden Wochen. Die Mobilisierung der FDP-Sympathisanten wird für den Wahlerfolg entscheidend. Jede Liberale oder jeder Liberale, der noch eine weitere Person von der liberalen Sache überzeugen, die noch einen Social-Media-Post teilen oder der noch ein Familienmitglied zur Teilnahme an der Wahl animieren kann, wird entscheidend zum erfolgreichen Wahlergebnis der Partei beitragen.

„Jede Stimme zählt, jede Hilfe wird gebraucht, damit wir die Freiheit in Europa verteidigen und liberale Ergebnisse liefern können. Hilf mit!“

Die Wirtschaftswende auch in Europa!

Autorin: Svenja Hahn, Handels- und binnenmarktpolitische Sprecherin der FDP im Europäischen Parlament

Die letzten fünf Jahre hat CDU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gezeigt, was sie unter Wirtschaftspolitik versteht. Sie steht für Überregulierung und Bürokratie unter Applaus von links.

Wir Freie Demokraten haben gezeigt: Nur mit uns gibt es Wirtschaftspolitik, die Chancen und Wachstum schafft.

Ich habe federführend an 20 Gesetzen gearbeitet, die den Binnenmarkt gestärkt und die Wirtschaft angekurbelt haben, und für Freihandelsabkommen wie mit Neuseeland gestritten. Zwei wichtige Erfolge sind die Neuregelung der Standardisierungs- sowie der Maschinenprodukteverordnung. So limitieren wir politische Einflussnahme autoritärer Staaten und modernisieren den Rahmen für einen Sektor, der über eine Million Arbeitsplätze in Deutschland schafft. Auch beim KI-Gesetz habe ich praxisnahe Regelungen erwirkt und massive Überregulierung verhindert.

Die letzten fünf Jahre waren von vielen Krisen gezeichnet. Der Brexit, die COVID-19-Pandemie, Russlands brutaler Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Folgen zeigen, Deutschland und Europa brauchen die Wirtschaftswende! Mehr Handel mit mehr Partnern stärkt Europas Rolle in der Welt und ist ein starker Motor aus den Krisen. Wir brauchen weniger Bürokratie und Protektionismus, für fairen Wettbewerb und einen starken Binnenmarkt. Wir brauchen eine starke Wirtschaft für Wachstum und Wohlstand.

Unsere Arbeit für eine starke, innovative und zukunftsorientierte Wirtschaft ist noch nicht zu Ende.

„Es braucht eine starke liberale Stimme im Europäischen Parlament. Machen wir Europa wieder zu einem Kontinent der wirtschaftlichen Chancen!“

- Ende Artikel -

Wachstum – Die Wirtschaftswende für Deutschland

Am 27. und 28. April 2024 kamen 662 Delegierte, viele Mitglieder und Gäste zum 75. Ordentliche Bundesparteitag der Freien Demokraten in Berlin zusammen. Von hier geht die Botschaft aus: Wir müssen jetzt alles tun, was neues Wachstum entfesselt und die Wirtschaft stärkt!

Wir machen uns stark für eine echte Wirtschaftswende und einen neuen Aufschwung in Deutschland – durch weniger Bürokratie, weniger Steuern und Abgaben, bessere Arbeitsanreize, mehr Fachkräfte, mehr bezahlbare Energie, mehr privates Kapital, weniger Subventionen und stabile Finanzen. Kurz: bessere Rahmenbedingungen für mehr Wettbewerbsfähigkeit. Diese Kernforderungen haben wir mit unserem Leitartikel beschlossen. Darüber hinaus haben wir als Mitglieder- und Mitmachpartei sieben weitere inhaltliche Anträge auf unserem Parteitag beschlossen. Hier eine Auswahl in gekürzter Form:

Hochschulbildung europäisch denken – Für bessere Harmonisierung europäischer Hochschulsysteme

Wir Freie Demokraten unterstützen die europäische Zusammenarbeit in der Hochschulbildung, streben die Beseitigung transnationaler Hindernisse an und betonen die Vielfalt der europäischen Hochschulsysteme. Unser Ziel ist es, Lehre und Forschung innerhalb der EU zu erleichtern. Wir fordern die Vereinheitlichung der Verwaltungskommunikation und die Einführung eines einheitlichen europäischen Notensystems. Ein europäischer Studierendenausweis soll den Zugang zu Hochschuldienstleistungen erleichtern und langfristig Standard werden. Wir Freie Demokraten befürworten eine Angleichung von Lehre und Forschung in der EU durch ein Regionalentwicklungsprogramm, das regelmäßig evaluiert und angepasst wird, mit einem Schwerpunkt auf Digitalisierung.

NATO-Gipfel muss Signal der Stärke senden – Deutschlands Beitrag für eine zukunftsfähige transatlantische Sicherheitspartnerschaft

Vor zehn Jahren begann Russland unter Putin mit Terror und Krieg in der Krim und der Ostukraine. Seit über zwei Jahren führt Russland einen brutalen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Dies markiert einen Epochenbruch, der auch für die NATO eine neue Zeit eingeläutet hat. Die NATO muss sich einem verän-

dernten Sicherheitsumfeld stellen. Der russische Imperialismus unter Putin stellt eine ernsthafte Bedrohung für Europa dar. Die NATO ist für Frieden, Freiheit und Stabilität in Europa und der Welt unverzichtbar, und Deutschland hat eine führende Rolle zu übernehmen. Die NATO muss modernisiert und reformiert werden, um effektiv auf die aktuellen Herausforderungen reagieren zu können. Eine Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO geht auch mit einer Stärkung der EU einher. Deshalb sollte Deutschland seine Verteidigungsausgaben erhöhen und einen nationalen Sicherheitsrat einrichten. Die NATO muss sich der geopolitischen Herausforderungen bewusst werden, die sich aus Chinas politischen und wirtschaftlichen Ambitionen ergeben, und eine ganzheitliche China-Strategie entwickeln. Neben der Unterstützung der Ukraine im Konflikt mit Russland ist der Ausbau der Spionageabwehr ebenfalls entscheidend.

Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft stärken – Entlastungen umsetzen

Die deutsche Landwirtschaft spielt eine entscheidende Rolle für die ländlichen Regionen des Landes. Sie generiert einen bedeutenden Teil der Wertschöpfung und bietet sowohl berufliche als auch soziale Perspektiven für die dort lebenden Menschen. Deutsche Landwirte produzieren qualitativ hochwertige Lebensmittel, die über internationale Standards hinausgehen, und achten dabei auf Biodiversität und Tierwohl. Die uneinheitlichen Standards innerhalb der EU erschweren den fairen Wettbewerb, insbesondere für unsere mittelständischen und familiengeführten Betriebe. Die Landwirtschaft braucht weniger Bürokratie, mehr Praxisorientierung und vergleichbare Produktionsstandards im europäischen Markt. Landwirte benötigen auskömmliche Preise, verlässliche Rahmenbedingungen und ein Level-Playing-Field im EU-Binnenmarkt. Die Landwirtschaft soll nicht von staatlichen Zuwendungen abhängig sein, sondern mehr Eigenverantwortung übernehmen können. Wir fordern, die Steuerbefreiung für nicht-fossile Biokraftstoffe zu ermöglichen und den Ausbau erneuerbarer Energien flächenschonend zu gestalten. Die GAP muss vereinfacht, verschlankt und entbürokratisiert werden, um Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen für die Betriebe zu gewährleisten. Sonderkulturbetriebe wie der Weinbau benötigen spezielle Unterstützung und Steuererleichterungen. Insgesamt muss die Bundesregierung bürokratische Hindernisse abbauen und sich für effizienten Bürokratieabbau auf europäischer Ebene einsetzen.

Weniger Zettel, mehr Wirtschaft – Bürokratieabbau als Treiber der Wirtschaftswende weiter beschleunigen

Wir Freie Demokraten haben uns in der Bundesregierung dem Kampf gegen eine übermäßige Bürokratie verschrieben, die den Wohlstand und die Innovation in Deutschland bedroht. Unser Ziel ist es, gesellschaftliche und wirtschaftliche Kräfte zu entfesseln und für ein Politikverständnis zu werben, das den Menschen vertraut. Unser Bürokratieabbaupaket, das größte in der Geschichte Deutschlands, entlastet Unternehmen um mehr als 3 Milliarden Euro pro Jahr. Dies umfasst Maßnahmen wie die Vereinfachung von Aufbewahrungsfristen, die Abschaffung von lästigen Pflichten wie der Hotelmeldepflicht, die Anhebung von Schwellenwerten für Unternehmen und vieles mehr. Wir fordern eine konsequente Deregulierung, eine Überprüfung und Vereinfachung europäischer Vorschriften sowie eine moderne, digitalisierte Verwaltung. Wir setzen uns für eine bessere Gesetzgebung ein, die die Vielfalt der Lebensentwürfe berücksichtigt und Qualitätsmechanismen wie den Digitalcheck für neue Gesetze einführt.

Fraktionsnews der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Wachstumschancengesetz

Autor: Christoph Meyer, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

„Es ist der erste Schritt zu mehr Wohlstand und Wachstum – aber da muss noch mehr kommen.“

Mittlerweile haben wir es schwarz auf weiß: Die Konjunkturdaten Deutschlands sind schwach. Schlimmer noch, der wirtschaftliche Abstieg des Landes droht sich zu verstetigen. In keinem anderen Industrieland schrumpft die Wirtschaft so stark wie in Deutschland. Das gefährdet den Wohlstand unseres ganzen Landes und am Ende auch der Bürgerinnen und Bürger. Mit dem Wachstumschancengesetz machen wir den ersten Schritt zu mehr Wachstum und damit auch zu mehr Wohlstand. Bürokratieabbau, Steuervereinfachungen sowie Entlastungen für Betriebe und Menschen können nun endlich kommen. Das ist wichtig, denn Deutschland braucht Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstandssicherung. Viel mehr noch, das Land braucht eine Wirtschaftswende. Wirtschaftspolitik muss in der Koalition jetzt Schwerpunktthema werden. Dafür steht die FDP. Steuerentlastungen, weniger Bürokratie und mehr Anreize, um privates Kapital zu mobilisieren, sind notwendig, um unser Wirtschaftswachstum wiederherzustellen und Deutschland erneut zu einem starken und ausdauernden Wirtschaftsmotor zu machen. Wir müssen alles unterlassen, was Wachstum bremst, und alles unternehmen, was Wachstum stärkt. Wachstumschancengesetz, Bürokratieentlastungsgesetz, Planungsbeschleunigungsgesetz sowie Zukunftsfinanzierungsgesetz können nur erste wichtige Bausteine für diesen Kurswechsel sein. Angesichts der virulenten Wachstumsflaute und der akuten Herausforderungen müssen wir zeigen: Wir reißen das Ruder herum. Es gibt viel zu tun, packen wir es an.

Ende der Vorratsdatenspeicherung

Autor: Manuel Höferlin, Innenpolitischer Sprecher der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

„Mit dem Quick-Freeze-Verfahren verhindern wir die anlasslose Überwachung aller Bürgerinnen und Bürger. Wir stärken die digitalen Bürgerrechte und geben unseren Ermittlungsbehörden endlich ein rechtssicheres und anwendbares Instrument zur Strafverfolgung an die Hand. Der jahrelange Kampf der Freien Demokraten gegen die Vorratsdatenspeicherung hat sich gelohnt.“

Denn: Eine Vorratsdatenspeicherung war mit unseren Grundrechten nie vereinbar. Die von der Union jahrzehntelang geforderte anlasslose Speicherung von Daten aller Menschen war verfassungswidrig und auch nicht anwendbar. Höchste Gerichte wie das Bundesverfassungsgericht und der Europäische Gerichtshof haben dies immer wieder bestätigt. Anders als die anlasslose Speicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten vermeidet Quick-Freeze ein diffus bedrohliches Gefühl des Beobachtetseins, dass das Bundesverfassungsgericht schon 2010 kritisiert hatte. Im Gegensatz zur Vorratsdatenspeicherung ist das Quick-Freeze-Verfahren für unsere Ermittlerinnen und Ermittler ein rechtssicheres und anwendbares Instrument zur Strafverfolgung. Mit dem Quick-Freeze-Verfahren können Verbindungsdaten in Verdachtsfällen künftig schnell gesichert (Einfrieren) und erst nach richterlicher Anordnung für Ermittlungen genutzt werden (Auftauen). Damit werden Bürgerinnen und Bürger nicht unter Generalverdacht gestellt und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung bleibt gewahrt.

Dem Fachkräftemangel mit mehr Frauenerwerbsarbeit begegnen

Autorin: Gyde Jensen, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

„Zu einer umfassenden Wirtschaftswende gehören natürlich Familienfreundlichkeit und eine bessere Verfügbarkeit von Betreuungsangeboten. Wenn fast 69 Prozent aller erwerbstätigen Mütter hierzulande in Teilzeit arbeiten, liegt ein enormes Fachkräftepotenzial brach, auf das wir nicht verzichten dürfen und können.“

Denn: Viele Frauen würden gerne mehr arbeiten, können es aber aus privaten Gründen nicht. Arbeitsmarktexperten warnen zu Recht vor der Teilzeitfalle, die hauptsächlich auf familiäre Verpflichtungen und fehlende Betreuungsangebote zurückzuführen ist. Zugleich sind flexible Arbeitszeiten und mobiles Arbeiten nicht für alle Berufsgruppen und Unternehmen umsetzbar. Der Ausbau von Betreuungsangeboten und die Schaffung flexiblerer Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie können dazu beitragen, dass weniger Frauen von Altersarmut betroffen sind. Besonders für ausländische Fachkräfte ist es entscheidend, welche Perspektiven für ihre Familien am Arbeitsstandort Deutschland geboten werden. An diesen Stellschrauben setzen wir an: Wir haben in Regierungsverantwortung und im Bundestag daher den Erzieherberuf explizit in die Fachkräftestrategie der Bundesregierung aufgenommen und mit dem KiTa-Qualitätsgesetz einen kraftvollen Impuls zu einer Offensive der Länder im gesamten Bereich der Kinderbetreuung gesetzt. Darüber hinaus unterstützen wir

in Regierungsverantwortung die Länder planungssicher mit rund vier Milliarden Euro zur Qualitätsverbesserung ihrer Betreuungsangebote.

Die richtigen Prioritäten setzen im Haushalt 2025

Autor: Otto Fricke, Haushaltspolitischer Sprecher der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

„Gut haushalten heißt eben auch: Zu wissen, wo man verzichten kann, verzichten soll oder verzichten muss.“

Die Schuldenbremse verhindert Schuldenberge, nicht aber Investitionen. Diese liberale Überzeugung hat auch ein Gutachten von Prof. Lars Feld, Direktor des Walter Eucken Instituts an der Universität Freiburg, erneut bestätigt. Auch wenn andere Parteien die Vorzüge der Schuldenbremse weniger schätzen als wir – es gibt keinen verfassungskonformen Weg an ihr vorbei. Der Haushalt muss auch für das Jahr 2025 die Schuldenbremse einhalten. Das ist gut so, denn wir müssen verhindern, dass die Staatsausgaben stetig weiterwachsen. Auch für die dringend notwendige Wirtschaftswende braucht es kurzfristig Luft im Haushalt, damit wir langfristig von Wachstum profitieren können. Jeder neue Wunsch nach Mehrausgaben im Sozialbereich, den wir abwehren können, ist deshalb ein Erfolg und ermöglicht die Wirtschaftswende. Staatsausgaben kosten zudem zweifach: Jeder Euro, den der Staat ausgibt, bindet Ressourcen und beschäftigt Fachkräfte, die in der Wirtschaft schmerzhaft fehlen. Auch diese Kosten dürfen nicht vergessen werden. Wo genau wir in der Koalition im Haushalt sparen können, das muss sich in den nächsten Monaten zeigen. Denn konkrete Kompromisse stehen am Ende von Haushaltsberatungen, nicht an deren Anfang. Gut wäre: Bei Konsum sparen, stattdessen mehr investieren.

- Ende Artikel -

Spitzenkandidaten

Am 1. September finden in Sachsen und Thüringen Landtagswahlen statt. Am 22. September wählen die Brandenburger einen neuen Landtag. Die FDP-Spitzenkandidaten in diesen drei Bundesländern stellen wir Ihnen hier im Steckbriefformat vor.

Sachsen - Robert Malorny

Geburtstag: 06. Juli 1979

Geburtsort: Dresden

Bildungsabschluss: Diplom-Ingenieur (FH)

Berufliche Tätigkeiten: Bereichsleiter Projektmanagement in der Automobilindustrie

Politische Positionierung: liberaler Weltsachse

Ich habe eine Schwäche für: schnelle Autos

Ihr Traum vom Glück? Mein aktuelles Leben in Freiheit und Selbstbestimmung

Ein „Lieblingswort“ (also eins, das man eigentlich unbewusst zu oft nutzt): Kurzform

Ein Lieblingswerk: „Als wir träumten“ von Clemens Meyer

Ihr verstecktes Talent? Barkeeper

Ihr größter sportlicher Erfolg?: Siegerteam beim Bebbelpokal der Jungliberalen Aktion Sachsen

Was ist Ihre Herzensangelegenheit/ Ihr Herzensthema: Eine strebsame und motivierte Gesellschaft, die Probleme angeht statt vor ihnen zu kapitulieren.

Größte Baustelle/Größtes Problem im Bundesland? Und die Lösung? Eine gelähmte sächsische Staatsregierung, die nicht miteinander kann. Die Lösung: Die FDP ersetzt mindestens einen der aktuellen Koalitionspartner.

Sie dürfen drei berühmte Persönlichkeiten zum Abendessen einladen. Wer kommt? Barack Obama (US-Präsident), Denis Villeneuve (Regisseur), Tino Piontek aka Purple Disco Machine.

Sie werden zum „Wer wird Millionär?“-Promi-Special eingeladen: An welcher Frage scheitern Sie und an wen spenden Sie den Gewinn? Das wäre bestimmt irgendeine „Schickimicki-Z-Promi-Frage“. Die Spende geht an die Tierheime meiner Region.

Folgen Sie Robert Malorny auf Social Media!

Instagram: robert.malorny

Facebook: R.Malorny

LinkedIn: robert-malorny

Thüringen - Thomas L. Kemmerich

Geburtstag: 20. Februar 1965

Geburtsort: Aachen

Bildungsabschluss: kaufmännische Lehre, erstes juristisches Staatsexamen

Berufliche Tätigkeiten: Unternehmer

Politische Positionierung: Die FDP ist der Fels in der Brandung und damit der politischen Mitte

Ich habe eine Schwäche für: Rheinischen Sauerbraten mit Rotkohl

Ihr Traum vom Glück? Zeit mit meinen Kindern

Welche unnatürliche Gabe möchten Sie besitzen? Unnatürlich? Bitte nicht

Ihr größter sportlicher Erfolg? 11,0 Sekunden über 100 Meter

Haben Sie einen Spleen oder ein „guilty pleasure“? Ich trage seit dem 16. Lebensjahr überwiegend Cowboystiefel

Ihre Lieblingsbeschäftigung? Zeit mit meinen Kindern verbringen

Was ist Ihre Herzensangelegenheit/ Ihr Herzensthema: Mehr Anerkennung für mittelständische Unternehmen

Größte Baustelle/Größtes Problem im Bundesland? Und die Lösung? Nirgends in Deutschland sind die politischen Ränder links wie rechts so groß wie im Freistaat. Wir kämpfen dafür, dass die Menschen in Thüringen wieder die Mitte stärken. Ohne eine starke FDP gibt es keine solche Mitte.

Sie dürfen drei berühmte Persönlichkeiten zum Abendessen einladen. Wer kommt? Otto Graf Lambsdorff, Hans-Dietrich Genscher und Guido Westerwelle

Botschaft an die politische Konkurrenz: Wir stehen immer einmal mehr auf als wir umfallen.

Folgen Sie Thomas L. Kemmerich auf Social Media!

Instagram: thomasl.kemmerich

Facebook: KemmerichThomasL

X: KemmerichTHL

Brandenburg - Zyon Braun

Geburtstag: 17. August 1994

Geburtsort: Templin

Bildungsabschluss: Realschulabschluss, Ausbildung zum Bankkaufmann, Studium zum Bankfachwirt

Berufliche Tätigkeiten: Referent in der Unternehmensplanung und -steuerung eines Kreditinstituts

Politische Positionierung: Ich bin ein Wirtschaftsliberaler mit einem progressiven Gesellschaftsbild.

Ihr Traum vom Glück? Eine Insel in Südeuropa, auf der die Zeit stillsteht und der Aperol fließt.

Was ist Ihr Herzensthema? Die Bekämpfung einer bestimmten Sicht auf „den Osten“. Ich bin Botschafter für die Vielfältigkeit und des Images der ostdeutschen Bundesländer. Nach über 30 Jahre nach der Wiedervereinigung müssen wir die Mauern in den Köpfen der Menschen überwinden. Meine Generation kennt kein geteiltes Land und hat keinen Nachholbedarf in Fragen von Demokratie.

Größtes Problem im Bundesland: Freie Mobilität in Brandenburg schaffen wir nur, wenn wir den Kulturkampf gegen das Auto beenden und einen zweiten Bahn-Ring um Berlin schaffen, damit der Umstieg gelingen kann.

Sie dürfen drei berühmte Persönlichkeiten zum Abendessen einladen. Wer kommt? Jürgen Klopp mit Hans-Joachim Watzke, Klaus Wowereit mit Kurt Krömer und Harald Schmidt.

Sie werden zum „Wer wird Millionär?“-Promi-Special eingeladen: An welcher Frage scheitern Sie und an wen spenden Sie den Gewinn? Die Million geht an die beiden Stiftungen der Fußballvereine, bei denen ich Mitglied bin: HSV und Hertha BSC.

Folgen Sie Zyon Braun auf Social Media!

Instagram: zyonbraun

X: ZyonBraun

LinkedIn: zyon-braun

- Ende Kandidaten -

Die USA im Wahljahr

Autor: Martin Biesel, Leiter Regionalbüro Nordamerika Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Wer die Wahlen am 5. November 2024 in den USA gewinnen wird, kann niemand seriös vorhersagen. Aber viele Beobachter sind sich einig: Das wird ein knappes Rennen zwischen dem Amtsinhaber, Joe Biden, und seinem Herausforderer Donald Trump.

Dabei ist diese Wahl in gewisser Weise auch einzigartig und rekordverdächtig. Mit dann 159 Jahren sind die beiden Kandidaten die ältesten in der Geschichte der Präsidentschaftswahlen der USA. Eine wahrlich historische Wahl. Zweitens sind es die unbeliebtesten Kandidaten seit es Umfragen gibt. Und drittens war noch nie so früh im Wahljahr, nämlich faktisch schon im Februar, klar, wer der Herausforderer ist. Der Durchmarsch bei den Vorwahlen von Donald Trump hat den Eindruck erweckt, dass die Partei der Republikaner sehr geschlossen hinter ihm stehe. Nur muss man wissen, dass zu den Vorwahlen eher die Ultra-Fans gehen, um einen Fußballbegriff zu verwenden. Bei der Vorwahl in Indiana im Mai erreichte Nikki Haley, die schon vor Monaten aus dem Rennen ausgestiegen war, auf den Wahlzetteln der Republikaner immer noch über 20 %. Eine klare Protestwahl gegen Trump aus den Reihen der Republikaner. Es wollen doch nicht alle Republikaner Trump wählen.

Mobilisierung entscheidet die Präsidentschaftswahl

Ein mindestens so großes Problem bei der Mobilisierung der eigenen Wählerschaft hat Joe Biden. Insbesondere sein Alter wird innerhalb der Wählerschaft als kritisch für eine weitere Amtsperiode gesehen. Das bedeutet aber noch lange nicht, dass demokratische Wähler zu Trump wechseln würden. Das tief gesplattene Land besteht aus zwei unversöhnlichen Blöcken. Das bildet sich auch im Kongress ab. Die Republikaner haben mit dem „Freedom Caucus“ im US-Kongress eine wachsende Gruppe Rechtskonservativer und Evangelikaler, die derzeit dominieren. Andere, moderatere Strömungen in den republikanischen Reihen sind marginalisiert. Nach außen sieht man fast nur Trump. So könnte es im November sein, dass die Verhinderung von Trump zum wichtigsten Grund für die Wahl von Biden wird.

Auf die Swing States kommt es an

Wegen der ideologischen Festlegung der Wählerinnen und Wähler sind in den meis-

ten Bundesstaaten die Mehrheiten schon vor der Wahl klar. Nur in sieben Staaten, den Swing States, gilt diesmal das Rennen als knapp. Die Zahl ist in zwei Jahrzehnten von ca. 16 Swing States immer kleiner geworden. Auch das ein Ergebnis des ideologisch „divided Country“, des gespaltenen Landes.

Schon kleine Veränderungen können 2024 den Ausschlag geben. So ist ganz offensichtlich, dass bei zwei unbeliebten Kandidaten die Nachfrage nach einer dritten Option vorhanden ist. Die unabhängigen Kandidaten spielen bis auf Robert F. Kennedy, RFK genannt, keine Rolle. Dieser steht bei rund 10 % in bundesweiten Umfragen. Die Kennedy-Familie distanziert sich von RFK, da er durch wirre Behauptungen auffällt. Donald Trump kritisierte im Mai dessen Kandidatur als demokratische. Ein Zeichen, dass man im Lager von Trump davon ausgeht, dass RFK Trump mehr Stimmen kostet als Biden.

Themen: Immigration und Abtreibung

Der Trend zur Personenwahl hat sich auch weiter verstärkt. Allerdings spielen verschiedene Themen immer noch eine wichtige Rolle. In den Vorwahlen dominierte das Thema Immigration bei den Republikanern. Aber auch demokratische Wähler sehen die illegale Immigration als großes Problem. Ein von Demokraten und Republikanern im Frühjahr verhandeltes Gesetz zur Verhinderung von illegaler Immigration hat Donald Trump blockieren lassen, weil er das Thema weiterhin zur Mobilisierung braucht.

Was bei Republikanern das Thema Immigration ist, ist bei den Demokraten das Thema Recht auf Abtreibung. Nachdem im Juni 2022 der Supreme Court das bestehende Abtreibungsrecht von 1973 gekippt hatte, entbrannten heftige Diskussionen in den Bundesstaaten über die zu treffenden Regelungen. Inzwischen zeigt sich, dass auch in republikanisch regierten Staaten Mehrheiten für eine gesetzliche Regelung möglich sind, die Abtreibung erlauben. So lautete jedenfalls das klare Ergebnis eines Referendums im republikanisch regierten Ohio im November 2023.

Außenpolitik gewinnt keine Wahlen

Diese alte Wahlkämpferweisheit in den USA bleibt gültig. Aber bei knappen Wahlentscheidungen spielen auch kleine Veränderungen eine Rolle. An den Universitäten

entwickelt sich eine Protestbewegung wegen des Gaza-Krieges, die die Nahostpolitik von Joe Biden kritisiert. Diese Gruppen kommen zwar nahezu ausschließlich aus dem demokratischen Lager, aber sie sind selbst innerhalb ihrer Generation eine kleine Gruppe. In Michigan gibt es viele muslimische Wähler, die die pro-israelische Haltung Bidens ablehnen, die bisher mehrheitlich Demokraten gewählt haben. Auch diese Gruppe wird kaum zu Trump wechseln. Aber ob sie überhaupt noch zur Wahl gehen, bleibt fraglich. Und Michigan gilt als ein Swing State.

In der Wahlkampfkommunikation spielt der Krieg gegen die Ukraine eine untergeordnete Rolle. Zwar haben die Republikaner im Kongress auf inneren Druck hin ihre Meinung für das Ukraine-Hilfspaket Ende April geändert. Aber in der Bevölkerung ist die Bedrohung durch China das weitaus wichtigere Thema. So ist es auch zu erklären, dass die beiden Parteien ein Gesetz gegen die chinesische Plattform TikTok beschlossen haben. TikTok wird immerhin von 170 Millionen Usern in den USA genutzt. Also im Grunde der Hälfte der Bevölkerung. Aber wenn es gegen China geht, dann stehen die beiden Parteien meist zusammen.

„It's the economy, stupid“

Dieser Spruch aus Bill Clintons Wahlkampf hat in fast allen Wahljahren treffend das zentrale Wahlkampfthema beschrieben. Nur trifft diesmal die Wahlkampflöge, gute Wirtschaft gleich gute Wahlchancen für den amtierenden Präsidenten, nicht zu. Im Grunde brummt die US-Wirtschaft: 2 Prozent Wachstum, 300.000 neue Jobs fast jeden Monat, nahezu Vollbeschäftigung. Nur klaffen wirtschaftliche Entwicklung und Stimmung weit auseinander. Umfragen zeigen deutlich, dass die Amerikanerinnen und Amerikaner mehrheitlich pessimistisch in ihre wirtschaftliche Zukunft blicken. Der Traum vom eigenen Haus mit Mitte 30 ist vorläufig für viele unerschwinglich geworden. Lebenshaltungskosten werden als viel zu hoch empfunden. Der Aufschwung bringt kaum eine Aufhellung der politischen Stimmung.

Der US-Kongress macht einen ständigen Stresstest

Am 5. November wird nicht nur der Präsident gewählt. Von fast ebenso großer Bedeutung sind die Ergebnisse bei den Wahlen für das US-Repräsentantenhaus und den Senat. Im Senat steht ein Drittel der Senatoren zur Wahl. Das US-Repräsentantenhaus wird alle zwei Jahre komplett neu gewählt. Im Grunde befinden sich seine

Mitglieder im permanenten Wahlkampfmodus. Und gerade das Repräsentantenhaus hat mit seiner knappen republikanischen Mehrheit in den beiden letzten Jahren immer wieder seine Handlungsfähigkeit verloren. So wurde der republikanische Mehrheitsführer Kevin McCarthy mit acht Stimmen der eigenen Fraktion im Oktober 2023 abgewählt. Ein historisch einmaliger Vorgang. Das gleiche Schicksal drohte dem neuen Sprecher Mike Johnson. Der wurde allerdings von den Stimmen der Demokraten vor der Abwahl gerettet.

Es wird bei der Wahl vor allem darauf ankommen, dass im Repräsentantenhaus wieder klare Mehrheiten herrschen. Denn auch die traditionell moderierende Rolle des Senates hat nicht mehr ausgereicht, das Repräsentantenhaus kompromissfähiger zu machen. Wenn das US-Repräsentantenhaus weiterhin von einer kleinen Gruppe von Hardliner-Abgeordneten in Geiselhaft genommen wird, dann wird die kommende Legislaturperiode extrem schwierig, unabhängig davon, wer Präsident wird.

- Ende Artikel -